

Frust und Wut

Protestkultur auf Französisch

Elisabeth Schreiber*

» 2010 war in Frankreich wieder ein Jahr der Dauerproteste. Dieses Mal ging es um die Rente. Von März bis November streikten immer wieder Millionen und brachten in Hunderten von Demonstrationen ihren Ärger über die Reform zum Ausdruck. Ein Beispiel französischer Protestkultur – dabei geht es mittlerweile nicht mehr darum, Neues durchzusetzen, sondern Bestehendes zu bewahren.

Réformes et contestation

L'année 2010 a été marquée en France par de nombreuses manifestations de mécontentement. Le débat sur la réforme des retraites a été accompagné de plusieurs journées de mobilisation, les plus fortes depuis 15 ans. 61 % des personnes interrogées par le quotidien *Le Parisien* se disent pessimistes quant à l'avenir économique pour 2011 – un record ; seuls 22 % des Allemands partagent ce sentiment dans la même enquête. Réd.

Das war ihm dann definitiv zu viel. Zum Neujahrsempfang „für die lebendigen Kräfte der Gesellschaft“ bei Präsident Sarkozy ist er nicht hingegangen: Bernard Thibault, Chef der französischen Gewerkschaft CGT. Selbst der persönliche Anruf des Staatschefs hat ihn nicht umstimmen können. Die CGT fehlte 2011 zum ersten Mal bei den Neujahrswünschen im *Elysée*-Palast. Sie wolle sich nach einem Jahr, das geprägt gewesen sei von großen sozialen Protesten, an so einem Schauspiel nicht beteiligen, stand knapp im offiziellen Kommuniké.

Millionen Franzosen haben 2010 gegen die Rentenreform von Nicolas Sarkozy gestreikt und Millionen sind dagegen auf die Straße gegangen. Es waren die größten Proteste seit 15 Jahren. Doch Nicolas Sarkozy boxte die Reform durch.

Fast unverändert, trotz des massiven Widerstands. Über 70 % der Franzosen sind nach wie vor gegen diese Rentenreform. Mit ihr wurde das Renteneintrittsalter von 60 auf 62 Jahre heraufgesetzt und künftig muss in Frankreich bis 67 Jahre gearbeitet werden, um die volle Rente zu beziehen. Die Rente mit 60 geht auf François Mitterrand zurück. Die Sozialisten hatten sie 1983 eingeführt.

Jedes Jahr kommen 650 000 Rentner neu dazu. Ihre Lebenserwartung – eigentlich eine erfreuliche Nachricht – steigt zudem ständig. Nirgendwo in Europa gibt es mehr Hundertjährige. Gleichzeitig nimmt die Zahl der beitragszahlenden Arbeitnehmer kontinuierlich ab. Die Regierung war deshalb im Zugzwang – wie in vielen anderen Ländern der Europäischen Union auch. Doch dieses demografische Argument allein war für CGT, CFDT, FO und die anderen Gewerkschaften, die maßgeblich die Proteste organisiert haben, nicht überzeugend. Die Arbeitnehmervertretungen machten geltend, dass die Finanzierungsprobleme auch durch die schlechte Arbeitsmarktsituation bedingt seien. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt in Frankreich seit über 30 Jahren zwischen 20 und 25 % und bei der Beschäftigung der über 55-Jährigen gehört Frankreich zum europäischen Schlusslicht.

Die Gewerkschaften machten also Alternativvorschläge. Die Einbeziehung von Steuereinnahmen zur Finanzierung der Renten, zum Beispiel. Doch Thibault und die anderen konnten sich kein

* Elisabeth Schreiber arbeitet als deutsche Journalistin in Paris.

Gehör verschaffen. Quasi alles, was sie anbrachten, stieß auf taube Ohren. Die Regierung beschloss, das Defizit mit zwei Maßnahmen zu bekämpfen. Die Ausgaben der Rentenkasse werden durch eine Kürzung der Renten gesenkt und die Einnahmen werden durch eine Verlängerung der Beitragszahlungen erhöht. So verstärkte sich nicht nur bei den Gewerkschaften, sondern in breiten Kreisen der französischen Mittelschicht ein Gefühl weiterer sozialer Ungerechtigkeit.

Der „Präsident der Kaufkraft“

Nach gut zwei Jahren Krise boomt die Pariser Börse wieder. Die Börsengewinne haben in Frankreich für das Jahr 2010 neue Rekordhöhen erreicht. So viel Dividenden wurden schon lange nicht mehr angekündigt. Manche Unternehmen des französischen Börsenindex CAC 40 haben aber trotzdem für 2011 Sozialpläne programmiert. Mit kräftigem Stellenabbau. Für die Mehrheit der Franzosen ist die Krise noch lange nicht zu Ende. Als Nicolas Sarkozy 2007 sein Amt antrat, tat er das mit dem Anspruch, „ein Präsident der höheren Kaufkraft“ sein zu wollen, vor allem für die Mittelschicht. Durch Steuergeschenke an Reiche und Superreiche setzte er jedoch schnell andere Zeichen. Die Wirtschaftskrise hat ihm dann sein Versprechen, durch mehr Arbeit mehr Geld zu verdienen, endgültig zunichte gemacht. Schon vor der Ära Sarkozy ging in Frankreich die Angst vor dem sozialen Abstieg um. Die Krise hat diese Angst beschleunigt. Das Gros der Franzosen verdient 1 500 Euro im Monat. Die Superverdiener werden regelmäßig mit fast gehässigen Kommentaren bedacht. Vor allem, wenn das Gefühl entsteht, dass die Millionen nicht gerechtfertigt sind und das Jahresgehalt eines Supermanagers zum Beispiel 500 Jahre Mindestlohn entspricht. Dies kann dann in Proteste umschlagen oder in einer depressiven Stimmung münden. Aus einer internationalen Umfrage, die von der Pariser Tageszeitung *Le Parisien* veröffentlicht wurde, gingen die Franzosen als Pessimismus-Weltmeister hervor. 61 % der Befragten glauben nicht, dass es für sie 2011 wirtschaftlich aufwärts gehen wird, in Deutschland waren es nur 22 %. Bei solch einer Gesamtstimmungslage – sie war 2010 auch nicht

besser – wird jeder Einschnitt in soziale Errungenschaften als Affront empfunden.

So der Regierungsvorstoß bei der Rentenreform. Die Franzosen lehnen in ihrer Mehrheit eine Reform der Rente nicht ab. Es leuchtet ihnen völlig ein, dass, bei mehr Rentnern und weniger Beitragszahlern, Reformbedarf besteht. Sie sehen aber absolut nicht ein, dass schon wieder sie zur Kasse gebeten werden. Und dass ihnen eine Reform einfach so vorgesetzt wurde. Ohne Diskussionsmöglichkeiten, ohne Alternativen. So wurde die Rentenreform zu einer Reform von oben. Die Proteste waren nicht nur Proteste gegen den Inhalt der Reform. Sie wurden auch zu Protesten gegen einen Regierungsstil. Vom „Autismus“ der Regierenden war zum Beispiel in der Presse zu lesen. Ergebnis: Nicolas Sarkozy hat einen weiteren Teil der Mittelschicht verloren, die 2007 für ihn gestimmt hatte.

Der „soziale Fahrstuhl“ bleibt stecken

Die Angst der Mittelschicht, in die Unterschicht abzustiegen, ist nicht nur auf die eigene Generation bezogen. Sie trifft noch mehr auf die kommende zu. Dass es den Kindern besser gehen wird als den Eltern, ist immer weniger sicher. Obwohl die jungen Franzosen mehr Diplome vorzuweisen haben als ihre Eltern, haben sie schlechtere Berufsaussichten. Der soziale Fahrstuhl („*ascenseur social*“) nach oben ist stecken geblieben, immer öfters fährt er nach unten. Etwa 13 % der Franzosen gelten als arm. Das entspricht in etwa der Situation in Deutschland. In Frankreich sind aber die Ansprüche an den Staat als Regulator des sozialen Gleichgewichts größer.

Die Aussicht auf geringere Renten – wie in der französischen Rentenreform angelegt – schürt neue Ängste vor weiterer sozialer Ungerechtigkeit und neuer Armut. Sogar Schüler und Studenten sind mit diesen Argumenten gegen die Rentenreform auf die Straße gezogen. Es ging aber nicht mehr wie bei früheren Konflikten um neue Forderungen, sprich um eine Verbesserung der Verhältnisse. Es ging darum, Bestehendes zu bewahren.

Streiks sind in Frankreich ein individuelles, in der Verfassung verbrieftes Recht. Das Streikrecht ist im Gegensatz zu Deutschland also nicht an

Gewerkschaften gebunden. Es ist auch älter als die Arbeitervertretungen selbst. Gestreikt werden durfte schon ab 1864, die Gründung von Gewerkschaften wurde erst 20 Jahre später zugelassen.

Bevor in Frankreich verhandelt wird, wird meist erst einmal gestreikt. Streiks sind sehr häufig die Vorbedingung, damit sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer oder die Regierung und die Sozialpartner überhaupt an einen Tisch setzen und miteinander reden. Der Streik ist nicht das letzte Mittel zur Durchsetzung von Interessen, sondern der Ausgangspunkt. Es kommt zu einem Kräftemessen („*rapport de force*“) und vor diesem Hintergrund wird dann verhandelt.

Diese Protestdemokratie lässt sich aus der Geschichte ableiten – fast alle sozialen Errungenschaften wurden in Frankreich auf der Straße erkämpft – und sie ist die direkte Konsequenz aus der schwachen Repräsentanz der französischen Gewerkschaften. Nur etwa 8 % der französischen Arbeitnehmer sind gewerkschaftlich organisiert (in Deutschland sind es heute noch etwa 19 %). Die Gewerkschaften sehen sich häufig mit einer sehr fordernden Basis konfrontiert, was durch die Konkurrenzsituation zwischen den einzelnen Arbeitnehmerorganisationen noch gefördert wird. In Frankreich gibt es eine Vielfalt an Gewerkschaften, die aber nicht auf Branchen begrenzt sind und zudem eine politische Ausrichtung haben. Im privaten Sektor ist ihr Gewicht veschwindend gering. Ihren größten Einfluss haben sie im öffentlichen Bereich. Die Streiks konzentrieren sich im Allgemeinen auf die öffentlichen Transportmittel, auf Schulen, Krankenhäuser etc. Und auch Beamte können in Frankreich streiken.

In den vergangenen 20 Jahren haben die harten Streiks eher abgenommen. Noch Ende der 70er-Jahre konnten in Frankreich die Lichter ausgehen, weil der Strom von Streikenden abgestellt wurde. Trotzdem brachte es Frankreich im Jahresdurchschnitt zwischen 2000 und 2007 noch auf 103 Streiktage pro 1 000 Beschäftigte. In Deutschland waren es ganze fünf. Spitzenreiter in dieser Statistik war Spanien mit 173 Streiktagen.

Am 27. Oktober 2010 stimmte der Senat mit 177 zu 153 Stimmen für das neue Rentengesetz, das ab 2018 greifen wird. Die Proteste gingen danach noch etwa einen Monat weiter. Von März bis

Ende November waren an 14 Aktionstagen Millionen Menschen auf die Straße gegangen. In wichtigen öffentlichen Bereichen wurde über Wochen hinweg gestreikt, bei der Bahn, bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben in Paris und in vielen anderen großen Städten, die Müllmänner traten in den Ausstand, Kinderkrippen blieben geschlossen, Schulstunden fielen aus und Flüge



mussten abgesagt werden. Auf dem Höhepunkt der Proteste wurden die Raffinerien blockiert und bis zur Hälfte der Tankstellen hatte keinen Treibstoff mehr. Vor allem im Großraum Paris wurde Sprit vorübergehend zur Mangelware. Die Gewerkschaften haben bei diesem langen Konflikt gezeigt, was sie immer noch bewegen können. Selbst, wenn sie mit den Massenprotesten die Rentenreform nur ganz marginal beeinflussen konnten, aus dem Kräftemessen mit der Regierung sind sie nicht geschwächt hervorgegangen.

Bei den Franzosen sind der Frust und die Wut geblieben. Wenn sich diese Gesamtstimmungslage nicht ändert, besteht die reelle Gefahr, dass bei den nächsten Wahlen so mancher ehemalige Sarkozy-Wähler zu den Extremen abwandert. Die Zahl der Sympathisanten der rechtsextremen Nationalen Front hat laut einer in *Le Monde* veröffentlichten Umfrage im Protestjahr 2010 um 12 % zugenommen.